

Jetzt warnt die SPD vor Klimaschutz, der zu „Deindustrialisierung“ führt

Von **Romanus Otte, Jasper Bennink**

Stand: 12:20 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten



SPD-Vorsitzende Bärbel Bas und Lars Klingbeil

Quelle: picture alliance/photothek.de/Florian Gaertner

Die Sozialdemokraten rücken in ihrer Industriepolitik den Standort Deutschland in den Fokus: Rückenwind der Politik verdiene, wer hierzulande produziert. Und sie warnen: „Dekarbonisierung“ sei ein Zukunftsziel, dürfe aber die Industrie nicht gefährden.

Die SPD will die deutsche Industriepolitik stärker an nationalen Interessen ausrichten. Sie fordert dafür „zielgerichtete Zölle“ sowie Standort-Vorgaben bei staatlichen Aufträgen, Investitionen und Förderungen. Und: Das Erreichen von Klimazielen dürfe die deutsche Industrie nicht gefährden. Diese Ausrichtung der Industriepolitik prägt eine Beschlussvorlage für die Sitzung des Parteivorstands am vergangenen Montag, die dem Newsletter „Industrie & Handel“ von „Politico“ vorliegt.

„Die SPD kämpft um jeden Industriearbeitsplatz in Deutschland“, heißt es darin. In der Vorlage schränkt die SPD dies aber auf „gute Industriearbeit“ nach den Maßstäben von Tarifverträgen ein. Konkret fordert die SPD, dass Deutschland und die EU alle Importe von Stahlprodukten aus Russland sofort einstellen sollen.

„Wir sind in Europa nicht auf russischen Stahl angewiesen“, heißt es. Deutschland und die EU haben [Stahlimporte \(https://www.welt.de/wirtschaft/article6908ba670580923d09985e95/eu-minister-treffen-die-ratlosen-freunde-der-industrie.html\)](https://www.welt.de/wirtschaft/article6908ba670580923d09985e95/eu-minister-treffen-die-ratlosen-freunde-der-industrie.html) aus Russland seit Beginn des Ukraine-Krieges stark verringert, aber nicht völlig eingestellt. Die EU importierte im zweiten Quartal 2025 Stahl im Wert von rund 500 Millionen Euro aus Russland.

Die SPD-Vorlage trägt den Titel: „Industrie sichern. Arbeit stärken, Zukunft schaffen.“ Die SPD nennt die Industrie darin das „Rückgrat unseres Wohlstands“. „Doch internationaler Dumpingwettbewerb, Handelshemmnisse und geopolitische Unsicherheiten“ setzten den Standort ebenso unter Druck wie „hohe Energiekosten, Bürokratie und [Fachkräftemangel \(https://www.welt.de/politik/ausland/plus69098e990580923d09986646/medizinische-fachkraefte-eine-neue-kettenreaktion-bei-der-migration-und-deutschland-steht-im-zentrum.html\)](https://www.welt.de/politik/ausland/plus69098e990580923d09986646/medizinische-fachkraefte-eine-neue-kettenreaktion-bei-der-migration-und-deutschland-steht-im-zentrum.html) auf nationaler Ebene“.

Rückenwind der Politik verdiene, „wer in Deutschland produziert“. Staatliche Unterstützung müsse an „langfristige Standorttreue, Beschäftigungssicherung und Innovationsbereitschaft“ gebunden werden. „Neben zielgerichteten Zöllen wollen wir auch die öffentliche Beschaffung stärker auf die Stärkung unseres Standorts ausrichten.“

Zum Konflikt zwischen Klimazielen und Industrie heißt es in der Vorlage: „Klar ist: Die Zukunft unserer Industrie ist klimaneutral. Aber der Weg dahin ist lang. Dekarbonisierung darf nicht zu Deindustrialisierung führen.“

Romanus Otte (<https://www.welt.de/autor/romanus-otte/>) ***ist Senior Reporter Industrie & Handel bei „Politico“.***

Jasper Bennink (<https://www.welt.de/autor/jasper-bennink/>) ***ist Volontär bei „Politico“ Europe.***